

Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte

Länderportrait Kolumbien



Quelle: CIA World Factbook

Letzte Aktualisierung: Dezember 2014

INHALTSVERZEICHNIS

1	ZUSAMMENFASSUNG	3
2	GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	6
2.1	Deutsche Rüstungsexporte nach Kolumbien	6
2.2	Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	7
2.3	Militärausgaben Kolumbien.....	9
2.4	Lokale Rüstungsindustrie	10
2.5	Streitkräftestruktur	10
2.6	Bewaffnung der Streitkräfte.....	11
2.7	Rolle der Sicherheitskräfte in der Gesellschaft.....	14
2.8	Polizei und andere Sicherheitskräfte	14
3	INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES EU-VERHALTENSKODEX	16
3.1	Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch Kolumbien.....	16
3.2	Achtung der Menschenrechte im Empfängerland.....	16
3.3	Innere Lage im Empfängerland.....	20
3.4	Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	22
3.5	Bedrohung von Alliierten.....	24
3.6	Verhalten in der internationalen Gemeinschaft.....	24
3.7	Unerlaubte Wiederausfuhr	26
3.8	Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes.....	26

1 ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Kolumbien

Kolumbien ist ein bedeutendes Land in Südamerika. Einerseits tragen die vielen internen Konflikte des Landes zur regionalen Anspannung bei, andererseits ist es ebenfalls einer der wichtigsten Verbündeten der USA in der Region. Deutsche Rüstungsexporte spielen bei der militärischen Ausstattung des Landes nur eine marginale Rolle. In den vergangenen Jahren wurde U-Boot Technik zur Modernisierung der zwei alten deutschen U-Boote geliefert.

Kolumbien empfängt hauptsächlich von den USA große Waffensysteme und Kriegsgerät, bezieht darüber hinaus aber auch aus Brasilien und Spanien solche Systeme. Im Jahr 2005/2006 kam es zum Kauf von 25 EMB-314 *Super Tucano* (leichte Angriffsflugzeuge) der brasilianischen Firma Embraer. Spanien hat seit 2000 mehrere Flugzeuge und Hubschrauber (C-212, C-295) geliefert. Mit Abstand größter Waffenlieferant ist und bleibt aber die USA. Anfang 2007 verkündete der damalige Präsident Uribe ein umfassendes Modernisierungsprogramm der Streitkräfte, das neben der Aufstockung der Teilstreitkräfte auch ein weitreichendes Waffenbeschaffungsprogramm umfasste.

Kolumbien hat eine kleine Rüstungsindustrie, die weitestgehend staatlich kontrolliert wird. Bereits in den 1950er Jahren etablierte sich *Indumil* (Industria Militar) als staatlicher Produzent und produziert seitdem in einer Fabrik in Soacha Kleinwaffen und Munition. Heute hält Indumil das Monopol auf die Herstellung, den Import und den Vertrieb jeglicher Waffen in Kolumbien. Es stellt für das Militär neben dem israelischen *Gali* Gewehr und Munition (NATO Standardkaliber 5.56x45mm) auch noch Granaten und anderen Sprengstoff her. In den vergangenen Jahren konnte die Produktion des *Gali* Gewehres von 23000 Stück auf 45000 Stück pro Jahr erweitert werden. Neben der Selbstversorgung des kolumbianischen Militärs durch die eigene Industrie, ist es durch die Produktionssteigerung gelungen, diese sogar nach Israel zu exportieren. Die kolumbianischen Streitkräfte sind für den Kampf gegen links- und rechtsextremistische Gruppen ausgelegt. Seit mehr als zwei Jahrzehnten hat die Zahl der Soldaten stetig zugenommen. Dem Heer kommt bei der Bewahrung der Sicherheit und der Bekämpfung der Rebellen- und Guerillagruppen die größte Bedeutung zu. Im Einsatz sind ebenfalls einige Spezialkräfte des Heeres: Neben Einheiten zur Bekämpfung des Terrorismus gibt es ebenfalls eine Anti-Drogen Spezialeinheit, die im Jahr 2000 gegründet wurde. Die Marine übernimmt sowohl Schutzaufgaben der Küstengewässer als auch Aufgaben zur Bekämpfung des Drogenanbaus in der Amazonasregion. Da ein Großteil der Drogen über die Seegewässer durch die Karibik geschmuggelt wird, haben die zwei deutschen sowie die zwei italienischen U-Boote bei der Bekämpfung des Schmuggels eine besondere Aufgabe. In den vergangenen Jahren kam es auch bei der Luftwaffe zu einer umfangreichen Modernisierung und Neuanschaffung. Im Jahr 2005 bestellte die Luftwaffe 25 A-29 *Super Tucano*, die heute im Einsatz sind. Hinzu kommen zwölf Bell 212 „Rapaz“ Kampfhubschrauber.

Auch wenn Kolumbien stellenweise als die stabilste Demokratie in der Region bezeichnet wird, ist das Land seit Jahrzehnten von Krieg, politischer Gewalt und Terrorismus gekennzeichnet. Während das Militär einerseits ein stabiles politisches System garantiert, jederzeit loyal ist und dadurch als Hauptstütze der politischen und wirtschaftlichen Elite des Staates fungiert, ist es andererseits in politische Gewalt und Menschenrechtsverbrechen im Land involviert.

Das Militär ist für viele Bewohner, insbesondere ländlicher Bevölkerungsgruppen, zum ständigen Bestandteil des Alltags geworden. Während sich Operationsgebiete der Sicherheitskräfte und Guerillas stetig ausdehnen und immer mehr überschneiden, sehen sich viele Ureinwohner in der Möglichkeit, ihr Leben geregelt zu gestalten, massiv eingeschränkt. Nicht nur Anführer der Ureinwohner sind in den vergangenen Jahren Opfer des Krieges geworden. Kolumbien zählte auch lange Jahre die meisten politischen Morde an sozialen Aktivisten und Gewerkschaftern weltweit. Im politischen System ist das Militär nur bedingt verfassungsgemäß verankert. Zwar sieht die Verfassung nicht explizit vor, dass ein General den Posten des Verteidigungsministers bekleiden muss, doch Generäle des Militärs haben den Posten seit Mitte der 1970er Jahre (National Front) inne. Das Militär ist einerseits für die innere Sicherheit und die

Bekämpfung der Guerillabewegung verantwortlich, andererseits wird es jedoch als Garant für die Stabilität des Landes und des politischen Systems angesehen und genießt in der Bevölkerung ein hohes Ansehen.

Kriterien des EU-Verhaltenskodex

Bei der Einhaltung der EU-Kriterien zeigt sich ein ambivalentes Bild Kolumbiens. Es ist einigen Abrüstungsverträgen nicht beigetreten, so u.a., als einer der wenigen Staaten der Welt, dem Chemiewaffen-Protokoll von 1925. Andererseits gehörte Kolumbien zur Kerngruppe bei der Erarbeitung des Ottawa-Vertrags zum Verbot von Anti-Personenminen.

Obwohl Kolumbien allen wichtigen Menschenrechtsabkommen beigetreten ist, ist die Menschenrechtssituation im Land weiterhin schlecht. Grundlegende Menschenrechte sind durch Einschränkungen seitens der Politik in Gefahr. Ebenso werden den staatlichen Sicherheitskräften immer wieder Menschenrechtsverbrechen vorgeworfen.

Problematisch ist der Umgang der Regierung mit politischen Gefangen von denen es derzeit über 7000 gibt (hinzukommen noch mehr als 60.000 Inhaftierte). Ihnen wird der Status eines politischen Gefangenen seitens der Regierung verweigert, was die Arbeit von Menschenrechtsgruppen erschwert. Obwohl durch das Vorgehen des damaligen Präsidenten Uribes und den laufenden Demobilisierungsprozess das Land sicherer geworden ist, eine rückläufige Anzahl Morde und Entführungen zu beobachten ist und der Tourismus im Land zunimmt, steht die Politik der „demokratischen Sicherheit“ in der Kritik, da die Menschenrechte in den Konfliktregionen weiterhin massiv bedroht und eingeschränkt sind. Bei dem Konflikt um die ungerechte Landverteilung und die in der Vergangenheit häufige Zwangsenteignung zeichnet sich eine Lösung ab. Im Juni 2011 unterzeichnete Uribes Nachfolger, Präsident Santos, ein „Opfer und Landrückgabe Gesetz“, das eine Landumverteilung sowie Ausgleichszahlungen für Opfer von Menschenrechtsverbrechen vorsieht. Trotz dieser positiven Schritte bleibt abzuwarten, ob und wie das Gesetz in der Praxis umgesetzt wird.

Der Auslöser für die Gewalt und zentrale Ursache des Konflikts ist die weiterhin ungerechte Landverteilung. Heutzutage besitzen ca. fünf Prozent der Bevölkerung gut 80 Prozent des Landes. Diese Ungerechtigkeit und das politische System, in dem sich die Parteien um die Großgrundbesitzer und das Bürgertum kümmern und keine Partei soziale Veränderungen anstrebt, sind Ursprung der Guerillabewegungen in Kolumbien, deren Ziel die soziale und ökonomische Verbesserung der Lage der Bevölkerung ist.

Im Jahr 2002 erklärte der damalige Präsident die Verhandlungen zwischen der Regierung und der FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia - Revolutionäre Streitkräfte Kolumbien) als offiziell gescheitert. Damit begannen eine groß angelegte Militäroffensive und die Rückkehr zur militärischen Lösung des Konflikts. Mit dieser Überzeugung konnte Präsident Uribe 2002 die Wahlen gewinnen. Seit den 1990er Jahren ist die Zahl der FARC-Kämpfer drastisch, von geschätzten 20.000 (1990er Jahren) auf heute 8.000, gesunken.

Auf der anderen Seite stehen die Paramilitärs, ein zentraler Akteur in dem Konflikt, die sich dem Schutz der Großgrundbesitzer verschrieben haben. Sie sind eng mit staatlichen Sicherheitskräften und dem politischen System verbunden. In den vergangenen Jahren gab es einen Demobilisierungsprozess, der tausende Paramilitärs erreichte und die Popularität des ehemaligen Präsidenten Uribe weiter festigen konnte.

In der Region herrscht eine allgemein angespannte politische Situation. In den vergangenen Jahren gab es einen regelrechten Rüstungswettlauf, im Zuge dessen sich besondere Rüstungskooperationen zwischen Brasilien und Frankreich, Venezuela und Russland und zwischen Kolumbien und den USA herauskristallierten. Zahlreiche Waffenlieferungen, insbesondere Großwaffensysteme in die Region, haben zu sicherheitspolitischen Verstimmungen zwischen den südamerikanischen Ländern geführt.

Defizitäre Informationspolitik und fehlende Transparenz bei den Waffenkäufen haben zudem in manchen Fällen zu großem Misstrauen geführt. Ebenfalls kritisch sieht die kolumbianische Regierung die Anstrengung Venezuelas, Waffen russischer Lizenz zu produzieren, da diese sich im kolumbianischen Konflikt verbreiten könnten. Diese Sorge ist vor dem Hintergrund zahlreicher Waffenfunde venezolanischer Waffen in den letzten Jahren durchaus berechtigt.

In der gesamten Region ist ein Anstieg der Verteidigungsausgaben und der Mannschaftsstärke der Armeen zu beobachten. Brasilien verfügt über ein weit überlegenes militärisches Arsenal und verfolgt eine Politik der regionalen Führerschaft. Zwar ist Brasilien traditionell ein Vorreiter der regionalen Rüstungskooperation, doch haben die strategischen Rüstungskooperationen mit Ländern außerhalb der Region negative Auswirkungen auf die regionalen Kooperationsanstrengungen. Dabei erscheint ein zwischenstaatlicher Konflikt in der Region zum gegenwärtigen Zeitpunkt recht unwahrscheinlich, ist jedoch für die Zukunft nicht auszuschließen. Zwischenfälle an Grenzregionen haben auf die angespannte Lage aufmerksam gemacht und einige ungelöste Grenzfragen bergen weiterhin Risiken.

Der Militärschlag der kolumbianischen Armee auf ecuadorianischem Territorium hat zu Zerwürfnissen zwischen Kolumbien und Venezuela geführt, da der von Chavez regierte Staat nachdrücklich die Verurteilung des Angriffes forderte. Venezuela und Kolumbien haben traditionell schlechte Beziehungen, die sich immer wieder durch Waffenfunde bei FARC-Rebellen, die nachweislich aus Venezuela kommen, verschlechtern.

Kolumbien ist zahlreichen internationalen Anti-Terror-Konventionen beigetreten. Das Land und insbesondere die Gesellschaft sind jedoch seit langem vom Terrorismus geprägt. Die Revolutionären Streitkräfte der FARC werden von zahlreichen Ländern (USA, Kanada und allen EU-Mitgliedsstaaten) als terroristische Organisation eingestuft. Neben der FARC sind es insbesondere die Vereinigten Bürgerwehren (AUC) sowie die Nationale Befreiungsbewegung (ELN), die für terroristische Anschläge, Entführungen und zahlreiche Morde verantwortlich sind.

Die im Zuge der zahlreichen Konflikte und der besonderen Rolle des Militärs unverhältnismäßig hohen Militärausgaben Kolumbiens wirken hemmend auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Zwar besteht derzeit keine deutliche Gefahr, dass Entwicklungsziele nachhaltig von den Ressourcenzuweisungen in den Militärsektor beeinträchtigen werden, dennoch sind der konstante Anstieg der Militärausgaben sowie die Vergrößerung der Mannschaftsstärke des Militärs mit Sorge zu betrachten. Der stärkere Blick auf das Gesundheits- und Bildungssystem sowie die stärkere finanzielle Ausstattung, stellt für Kolumbiens Regierung eine wichtige Aufgabe dar.

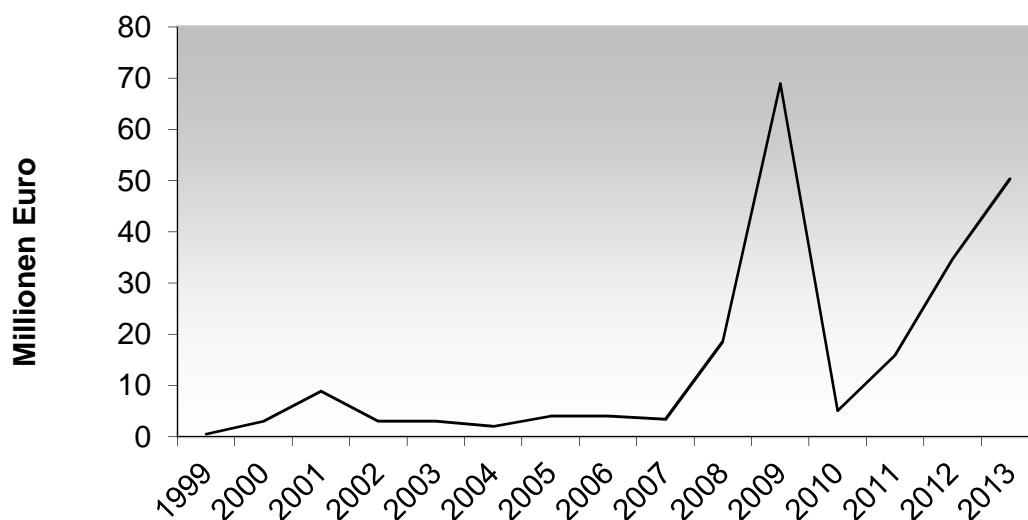
2 GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

2.1 Deutsche Rüstungsexporte nach Kolumbien

Tabelle 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2013

Jahr	Güter/in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert Rüstungsexporte, Millionen Euro
1999	Ersatzteile für Sonaranlagen: 98,7%	0,51
2000	Teile für U-Boote: 84,1%	3,01
2001	Teile für U-Boote: 99,0%	8,93
2002	Teile für U-Boote	3,00
2003	Teile für U-Boote, Korvetten und Sonaranlagen: 50,8%; Stromversorgungseinrichtungen für U-Boote: 49,2%	2,99
2004	Teile für U-Boote, Korvetten, Tender und Unterwasserortungsgeräte: 56,6%; Sensoren für Flugkörperwarnsysteme und Teile für Unterwasser-Telefonanlagen: 31,1%	1,97
2005	Teile für U-Boote und Sonaranlagen: 75,6%	4,01
2006	Teile für Korvetten, U-Boote und Sonaranlagen: 95,0%	3,98
2007	Teile für U-Boote und Überwasserschiffe: 59,5%; Laserentfernungsmesser und Ziellinien-Prüfgerätesätze: 29,9%	3,42
2008	Teile für U-Boote und Patrouillenboote: 93,0%	18,57
2009	Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 90,6%	68,94
2010	Teile für U-Boote und Marineversorger: 82,3%	5,06
2011	Patrouillenboot und Teile für U-Boote, Patrouillenboote: 93,45%	15,89
2012	Patrouillenboot (Materialpaket) und Teile für U-Boote, Fregatten: 79,6 % Kommunikationsausrüstung, Radarausrüstung, Stromversorgungen und Teile für Kommunikationsausrüstung, Stromversorgungen: 19,6 %	34,68
2013	Feuerleiteinrichtungen, Zielentfernungsmesssysteme und Teile für Feuerleiteinrichtungen: 31% Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Prüfausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Lenkausrüstung, Navigationsausrüstung: 27% U-Boote und Teile für U-Boote, Unterwasserortungsgeräte: 21,9% Torpedos und Teile für Torpedos: 7,4%	50,29

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2013, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie <http://www.bmwi.de>

Schaubild 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Kolumbien, 1999-2013**Tabelle 2: Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Kolumbien, 1990-2012**

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahr	Bisher geliefert	Kommentar
1	Luneburg/Typ-701	Unterstützungsschiff	1997	1997	1	
1	Luneburg/Typ-701	Unterstützungsschiff	1998	1998	1	
(1)	BK-117/EC-145	Hubschrauber	(2003)	2003	1	
(16)	MTU-1163	Dieselmotor	(2009)	2012	(8)	Für Modernisierung auf 4 FS-1500 (Padilla) Frigatten
1	CPV-40	Patrouillenboot	2009	2011	1	Wurde 2011 geliefert
(30)	DM-2A3 Seehecht	AS/ASW Torpedo	2012			Für U-Boote Typ 206A
2	Type-206A	U-Boot	2012	2012	2	
1	OPV-80	Patrouillenboot	(2008)	2012	1	
1	OPV-80	Patrouillenboot	2011			

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/trade_register.php

2.2 Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland

Tabelle 3: Absolute Höhe der Rüstungsexporte nach Kolumbien 2009-2013, Mio. USD

Jahr	2009	2010	2011	2012	2013	2009-2013
Summe	248	257	145	239	163	1052

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr

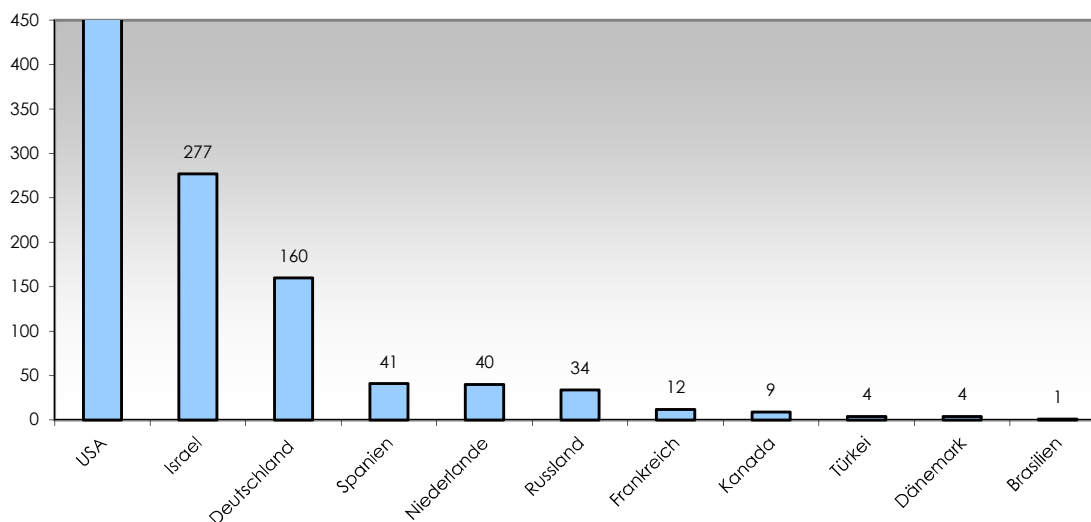
Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4: Deutsche Rüstungsexporte nach Kolumbien 2009-2013, Mio. USD

Jahr	2009	2010	2011	2012	2013	2009-2013
Summe	-	-	10	114	36	160

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php

Schaubild 2: Wichtigste Lieferanten von Rüstungsgütern nach Kolumbien 2009-2013, Mio. USD

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/values.php

Kommentar zu Waffenkäufen:

Laut SIPRI-Datenbank (Stand März 2014) nahm Kolumbien 2009-2013 die 35. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Deutsche Rüstungsexporte nach Kolumbien beschränken sich weitestgehend auf Ersatzteile für U-Boote (der klassischen Stärke deutscher Rüstungstechnologie), insbesondere auf Ersatzteile für die zwei deutschen U-Boote des Typs Ge T-209/1200.

Neben den USA, die im Rahmen des „Plan Colombia“ umfangreiche Finanzmittel für Ausbildung und Beschaffung zur Verfügung stellen, haben insbesondere Brasilien und Spanien in den vergangenen Jahren große Waffensysteme und Kriegsgerät nach Kolumbien geliefert. Im Jahr 2005/2006 kam es zum Kauf von 25 EMB-314 *Super Tucano* (leichte Angriffsflugzeuge) der brasilianischen Firma Embraer. Spanien hat seit 2000 mehrere Flugzeuge und Hubschrauber (C-212, C-295) geliefert. Mit Abstand größter Waffenlieferant sind jedoch weiterhin die USA, die in den vergangenen Jahren zahlreiche Helikopter an die kolumbianische Regierung geliefert haben. Eingesetzt werden sollen diese besonders zur Bekämpfung Aufständischer und des Drogenanbaus und -schmuggels. Zuletzt wurde ein großer Vertrag über die Lieferung von 15 S-70/UH-60L *Blackhawk* Hubschraubern im Wert von 225 Millionen US-Dollar abgeschlossen. Unbestätigten Angaben zufolge sind bereits 8 Hubschrauber ausgeliefert.

Anfang 2007 verkündete der damalige Präsident Uribe ein umfassendes Modernisierungsprogramm der Streitkräfte, das neben der Aufstockung der Teilstreitkräfte auch ein umfangreiches Waffenbeschaffungsprogramm umfasste. Der Plan mit einem Volumen von fast 4 Milliarden US-Dollar, der über eine Sondersteuer finanziert wird und in die demokratische Sicherheitsstrategie des Landes eingebettet ist, sieht insbesondere die Beschaffung von Transport- und Kampfhubschraubern vor.

Im Dezember 2009 wurde eine Einigung zwischen dem kolumbianischen Militär und einem ausländischen Rüstungsunternehmen über die Lieferung von 39 M1117 ICV gepanzerten Mannschaftstransportern in einem Umfang zwischen 20-45 Millionen US-Dollar erzielt. Im gleichen Jahr einigte sich die Regierung mit ThyssenKrupp Marine Systems auf die Modernisierung der zwei deutschen U-Boote der Klasse 209/1200. Dazu will das deutsche Unternehmen Materialpakete liefern, so dass die staatliche Werft COTECMAR die Modernisierung vor Ort durchführen kann.

Im Dezember 2011 hat Kolumbien ein weiteres Patrouillenboot des Typs OPV-80 der deutschen Firma Fassmer geordert. Das Schiff soll im Laufe von 2012 in der kolumbianischen Werft Cartagena in Lizenz gefertigt werden. Unklar bleibt, wie viele Patrouillenboote die kolumbianische Marine darüber hinaus beschaffen will.

Im August 2012 nahm die kolumbianische Marine zwei ausgemusterte deutsche U-Boote der Klasse 206A in Empfang. Zwei weitere U-Boote dieser Klasse beschaffte Kolumbien, um sie als Ersatzteillieferant zu nutzen. Neben einer umfassenden Modernisierung umfasst das Verhandlungspaket auch Ersatzteile, Trainingsmaßnahmen, Unterstützung bei der Instandhaltung und eine unbestimmte Anzahl von Seehecht Torpedos.

Zuletzt kaufte Kolumbien bis zu 28 gepanzerte Sicherheitsfahrzeuge (ASV) vom US-amerikanischen Hersteller Textron, eine unbekannte Menge unbemannter Flugobjekte (UAV) des Typs Night Eagle der Firma Boeing/Insitu sowie zwei Elbit Hermes 450 und eine Hermes 900. Letztere dienen der Vergrößerung der kolumbianischen UAV-Flotte. Auch die anderen Teilstreitkräfte werden einer grundlegenden Modernisierung unterzogen. So kaufte das Land im März 2013 unter anderem sechs Sikorsky UH-60L Black Hawk Helikopter, im April 2013 einen sechsten C295M Airbus, bis zu zwei 737-400F Boeing und mehrere schnelle Reaktions- bzw. See-Patrouillenboote (OPV).

2.3 Militärausgaben Kolumbien

Tabelle 5: Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

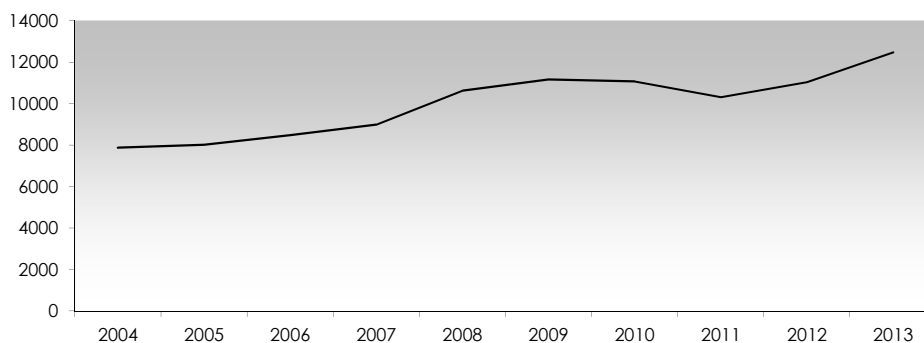
	2009	2010	2011	2012	2013
Militärausgaben	11158	11072	10307	11031	12465
Anteil am BIP (in Prozent)	3,9	3,6	3,1	3,2	3,4
Anteil an Staatsausgaben* (in Prozent)	18,9	20,3	-	-	

Militärausgaben in constant Mio. US\$ (2011).

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, World Development Indicators

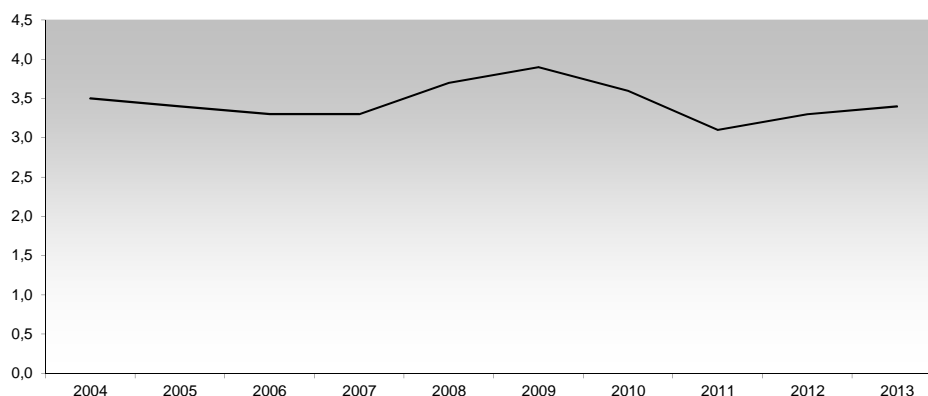
*Daten über den Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben sind kritisch zu betrachten. Lückenhafte und unzureichende Daten lassen eine genaue Abbildung nur bedingt zu.

Schaubild 3: Absolute Militärausgaben, Trend 2004 – 2013 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen mit dem Basisjahr 2011

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database

Schaubild 4: Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2004 – 2013 (in Prozent)

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

2.4 Lokale Rüstungsindustrie

Kolumbien hat eine kleine Rüstungsindustrie, die weitestgehend staatlich kontrolliert wird. Bereits in den 1950er Jahren etablierte sich *Indumil* (Industria Militar) als staatlicher Produzent und produziert seitdem in einer Fabrik in Soacha Kleinwaffen und Munition. Kurz darauf wurde bereits eine zweite Fabrik gebaut die für die Produktion schwerer Munition und Artillerieausrüstung ausgelegt ist. In den 1980er Jahren begann die bis heute andauernde Rüstungskoope-ration mit Israel. In der Zeit erhielt Indumil eine Lizenz zur Produktion der israelischen *Gali* Ge- wehre, welche heute die Standardwaffen der kolumbianischen Armee sind. Das Unterneh- men befindet sich heute unter den Top 100 Unternehmen in dem Land und hat seine Produk- tionskapazitäten in den vergangenen Jahren erheblich ausgebaut. In den 1970er Jahren hat Indumil eine Lizenz zur Herstellung des G3 Gewehres erhalten, was lange Zeit zur Standard- bewaffnung der Armee diente. Dazu erhielt der staatliche Konzern auch Spezialmaschinen der Firmen Heckler & Koch und Fritz-Werner. Selbst 2007 wurden bei einer Razzia der Polizei noch G3 Gewehre sichergestellt. Zwar werden heute allem Anschein nach keine G3 Geweh- re mehr in dem Land produziert, Indumil besitzt jedoch weiter die Kenntnisse und technischen Voraussetzungen diese Gewehre zu reparieren und Instand zu halten.

Heute hält Indumil das Monopol auf die Herstellung, den Import und den Vertrieb jeglicher Waffen in Kolumbien. Es stellt für das Militär neben dem israelischen *Gali* Gewehr und Munition (NATO Standardkaliber 5.56x45mm) auch noch Granaten und anderen Sprengstoff her. Darüber hinaus, auch für den zivilen Gebrauch, produziert das Unternehmen zahlreiche Klein- und Leichtwaffen. In den vergangenen Jahren konnte die Produktion des Gali Gewehres von 23000 Stück auf 45000 Stück pro Jahr erweitert werden. Neben der Selbstversorgung des ko- lumbianischen Militärs durch die eigene Industrie, ist es durch die Produktionssteigerung ge- lungen, diese sogar zurück nach Israel zu exportieren. Indumil produziert darüber hinaus etwa 30 Millionen Stück Munition pro Jahr. Während jedoch im Klein- und Leichtwaffenbereich die kolumbianische Rüstungsindustrie weitgehende Unabhängigkeit erreichen konnte, ist das Militär im Bereich der Großwaffensysteme weiterhin auf den Import angewiesen.

2.5 Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Gesamtstärke der Streitkräfte:

281 400 aktiv, davon:

- Heer: 221 500
- Marine: 46 150
- Luftwaffe: 13 750

Zusätzlich:

- Reserve: 61 900
 - Heer: 54 700
 - Marine: 4 800
 - Luftwaffe: 1 200
 - Gemeinsam: 1 200
- Paramilitärische Einheiten: 159 000
 - National Police Force: 159 000

Quelle: IISS Military Balance 2014

Tabelle 6: Stärke der Streitkräfte, Trend 2005-2013

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Aktive in 1.000 (IISS)	207	208,6	254	267,2	285,2	283	283	281	281,4
Soldaten auf 1.000 Einwohner (BICC-Berechnungen)	4,8	4,8	5,7	5,9	6,2	6,1	6,1	5,9	5,9

Quellen: IISS Military Balance, 2005-2014, World Bank

Kommentar:

Die kolumbianischen Streitkräfte sind für den Kampf gegen links- und rechtsextremistische Gruppen ausgelegt. Seit mehr als zwei Jahrzehnten hat die Zahl der Soldaten stetig zugenommen. Dem Heer kommt bei der Bewahrung der Sicherheit und der Bekämpfung der Rebellen- und Guerillagruppen die größte Bedeutung zu. Im Einsatz sind ebenfalls einige Spezialkräfte des Heeres: Neben Einheiten zur Bekämpfung des Terrorismus gibt es außerdem eine Anti-Drogen Spezialeinheit, die im Jahr 2000 gegründet wurde. Hinzu kommt eine Spezialeinheit, die besonders auf Entführungen spezialisiert ist – ein Problem, das in Kolumbien weit verbreitet ist. Die kolumbianischen Streitkräfte haben in großem Maße von der US-amerikanischen Unterstützung im Rahmen des „Plan Colombia“ profitiert. Neben den materiellen Zuwendungen seitens der USA, ist ein zentraler Bestandteil der US-Unterstützung die militärische Ausbildung der kolumbianischen Streitkräfte. Insbesondere Spezialeinheiten werden von US-Soldaten im Kampf gegen Terrorismus und Drogenschmuggel geschult.

Wie auch in anderen Ländern Südamerikas profitieren die Streitkräfte in Kolumbien auch von zusätzlichen Geldern, die häufig aus der lokalen Verwaltung kommen oder aus eigenen Sicherheitsdienstleistungen generiert werden.

2.6 Bewaffnung der Streitkräfte

Heer:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Aufklärer	222	u.a. 6 M-8 (Aufstandsbekämpfung)
Gepanzerte Mannschaftstransporter	114	
Artillerie	710	
Panzerabwehr	Mehr als 96	Verschiede Raketen und Boden-Luft Geschosse; Abschussvorrichtungen
Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung	3	2 Beech B200 King Air; 1 Beech 350 King Air
Transportflugzeuge	21	
Mehrzweckhubschrauber	21	
Transporthubschrauber	111	
Luftabwehr	Mehr als 42	

Kommentar:

Das Heer hat in besonderem Maße vom *Plan Colombia* und den damit verbundenen Wafentransfers aus den USA profitiert. Dennoch ist auch das Heer mit völlig veraltetem Gerät, wie beispielsweise bis zu 50 Jahre alten Artilleriegeschütz, ausgestattet. Als im Jahr 2000 der *Plan Colombia* massiv auf die Drogenbekämpfung ausgeweitet wurde, profitierte teilweise auch das Heer von der Lieferung der 60 Hubschrauber. Außerdem befinden sich russische Helikopter im Arsenal des kolumbianischen Heeres, die 2008 gekauft wurden und die Mobilität der Streitkräfte insbesondere in Waldgebieten erhöhen soll. Dringend benötigt wurden die Helikopter zum Transport schweren Kriegsmaterials wie beispielsweise Artilleriegeschütze. Hinzu kommen die kürzlich gekauften acht Blackhawk Kampfhubschrauber aus den USA. Damit besitzt das Heer insgesamt 57 US-amerikanische UH-60L und UH-70i. Auch gewann der US-amerikanische Konzern Textron eine Ausschreibung im Wert von 32 Mio. US-Dollar zur Lieferung von bis zu 28 gepanzerten Sicherheitsfahrzeugen. Im Rahmen des allgemeinen Modernisierungsprogramms sollen die Streitkräfte ebenfalls 20 105mm Artilleriegeschütze bekommen, um die völlig veralteten Geschütze auszutauschen.

Derzeit befindet sich Kolumbien in Verhandlungen mit Frankreich über den Kauf von 40 gebrauchten *Leclerc* Kampfpanzern. Dies kann auch als Reaktion auf die jüngsten Anschaffungen der russischen T-90 Kampfpanzer in Venezuela gesehen werden. Allgemein lässt sich in der gesamten Region (Ecuador, Venezuela, Kolumbien, Brasilien) eine Modernisierung und Aufrüstung der Streitkräfte beobachten.

Die bereits 2008 bestellten 20 französische LG1 Mk-III 105mm Haubitzen wurden im Laufe des Jahres 2010 ausgeliefert.

Marine:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	4	2 Patrouillen U-Boote mit Anti-U-Boot Kampfausstattung; 2 Diesel U-Boote;
Fregatten	4	
Patrouillenboote	49	
Amphibienfahrzeuge	13	
Logistik und Unterstützung (Schiffe)	20	2 Ex-DEU Schiff (Lüneburg)

Marineflieger:

- 3 Küstenpatrouillenflugzeuge
- 10 Transportflugzeuge
- 1 Flugzeug zur Luftraumüberwachung
- 10 Transporthubschrauber
- 5 Mehrzweckhubschrauber

Marineinfanterie:

- 8 gepanzerte Mannschaftstransporter
- 20 Artilleriegeschütze

Kommentar:

Die Marine übernimmt sowohl Schutzaufgaben der Küstengewässer als auch Aufgaben zur Bekämpfung des Drogenanbaus in der Amazonasregion. Da ein Großteil der Drogen über die Seewässer durch die Karibik geschmuggelt wird, kommen den zwei deutschen sowie den zwei italienischen U-Boote bei der Bekämpfung des Schmuggels besondere Bedeutungen zu. Im Zuge des allgemeinen Modernisierungsprogramms sollen die U-Boote neue Motoren erhalten. Dazu wurde Ende 2008 ein Vertrag mit der deutschen HDW geschlossen, der die Moder-

nisierung und Wartung der U-Boote vorsieht. Die Fregatten der Marine sind jedoch weit über 20 Jahre alt und befinden sich in einem schlechten Zustand. Im Zuge allgemeiner Modernisierungsprogramme und vor dem Hintergrund der veralteten Ausrüstung der Marine, plant die Regierung die Anschaffung von bis zu vier Küstenpatrouillenbooten, bis zu 131 Patrouillenboote sowie bis zu vier Küstenpatrouillenflugzeuge. Im Jahr 2012 konnte die Marine zwei ausgemusterte deutsche diesel-elektrische U-Boote der Klasse 206A in Empfang nehmen und in Dienst stellen.

Luftwaffe:

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Abfangjäger	22	
Jagdbomber/Kampfflugzeuge	27	
Flugzeuge zur Luftraumüberwachung	13	
Transport-/ Tankflugzeuge	74	3 weitere C-130B Hercules auf Lager
Ausbildungsflugzeuge	Mehr als 78	39 kampffähig
Flugzeuge zur elektronischen Aufklärung	3	
Transporthubschrauber	55	
Mehrzweckhubschrauber	17	
Raketen	k. A.	u.a. Python III, R-530

Kommentar:

In den vergangenen Jahren kam es auch bei der Luftwaffe zu einer umfangreichen Modernisierung und Neuanschaffung. Im Jahr 2005 bestellte die Luftwaffe 25 A-29 *Super Tucano*, die heute im Einsatz sind. Hinzu kommen 12 Bell 212 „Rapaz“ Kampfhubschrauber.

Im Juni 2009 wurde der Vertrag über die Lieferung von Kfir Kampfflugzeugen zwischen Kolumbien und Israel besiegelt. Bereits im Jahr 2007 gewann die israelische Verteidigungsindustrie die Ausschreibung über den 150 Millionen US-Dollar Auftrag, die bereits eingesetzten Kfir zu modernisieren und ebenfalls bis zu 13 neue Flugzeuge zu liefern. Im Jahr 2009 bestätigte die Luftwaffe die Bestellung von vier C-295 Transportflugzeuge beim spanischen Rüstungskonzern EADS-CASA.

Die geplanten Anschaffungen und die strategische Kooperation zwischen Kolumbien und Israel bei der Ausstattung der Luftwaffe verdeutlichen die klare Ausrichtung der Luftwaffe auf eine größtmögliche Mobilität und Einsatzfähigkeit in nur schwer zugänglichen Regionen.

Paramilitärische Einheiten:

- National Police Force: 3 Flugzeuge zur elektronischen Aufklärung, 59 Transportflugzeuge, 4 Mehrzweckhubschrauber und 56 Transporthubschrauber

Kommentar:

Der nationalen Polizeieinheit, die eine militärische Einheit ist und direkt dem Verteidigungsministerium untersteht, kommt sowohl bei der Bekämpfung des Terrorismus als auch des Drogenschmuggels eine wichtige Rolle zu. Ausgestattet mit Hubschraubern verfügt sie über die notwendige Mobilität zur Bekämpfung des Terrorismus und Drogenschmuggels.

Peacekeeping:

- Ägypten (MFO): 354 Soldaten

Quelle: IISS Military Balance 2014

2.7 Rolle der Sicherheitskräfte in der Gesellschaft

Auch wenn Kolumbien stellenweise als die stabilste Demokratie in der Region bezeichnet wird, ist das Land seit Jahrzehnten von Krieg, politischer Gewalt und Terrorismus gekennzeichnet. Während das Militär einerseits ein stabiles politisches System garantiert, jederzeit loyal ist und dadurch als Hauptstütze der politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes fungiert, ist es andererseits in die politische Gewalt involviert, die das Land weiterhin prägt. Dem Militär wird häufig vorgeworfen, das schlechteste Menschenrechtsverhalten in der Welt zu haben. Problematisch wurde die Rolle der Sicherheitskräfte in der Gesellschaft bereits zu Beginn der 1990er Jahre, als das Militär in einem „totalen Krieg“ gegen die Aufständischen und deren Unterstützer eingesetzt wurde. Fortan war jeder verdächtigt und besonders Gewerkschaften, Oppositionsparteien, Bauernbewegungen oder religiöse Bewegungen wurden zum Ziel militärischer Operationen, aufgrund der Annahme, sie unterstützten die Guerillabewegung. Entgegen dieser Entwicklungen genoss das Militär in Umfragen zu Beginn des neuen Jahrhunderts viel Vertrauen innerhalb der Bevölkerung. Dass die Bevölkerung das Militär auf einer Vertrauensskala auf Platz Zwei hinter der Kirche setze, hängt mit den damaligen Erfolgen im Kampf gegen die Guerillas sowie den Entlassungen von zahlreichen, als korrupt geltenden, führenden Militärs zusammen.

Für viele Bewohner, insbesondere ländlichen Bevölkerungsgruppen, ist das Militär zum ständigen Bestandteil des Alltags geworden. Während sich Operationsgebiete der Sicherheitskräfte und Guerillas stetig ausdehnen und immer mehr überschneiden, sehen sich viele Ureinwohner in ihren Möglichkeiten, ihr Leben geregelt zu gestalten, massiv eingeschränkt. Nicht nur Anführer der Ureinwohner sind in den vergangenen Jahren Opfer des Krieges geworden. Kolumbien zählte lange Jahre die meisten politische Morde an sozialen Aktivisten und Gewerkschaftlern weltweit.

Im politischen System ist das Militär nur bedingt verfassungsgemäß verankert. Zwar sieht die Verfassung nicht explizit vor, dass ein General den Posten des Verteidigungsministers bekleiden muss, doch bekleiden Generäle des Militärs den Posten seit Mitte der 1970er Jahre (National Front). Entgegen anderen Ministern kann der Verteidigungsminister nur auf explizite Anordnung des Präsidenten sein Amt verlieren und ist dadurch nicht an den normalen Turnus der Kabinettsumbildung gebunden. Der militärische Einfluss auf die Politik ist trotz dieser Verankerung durch besondere konstitutionelle und legislative Kontrollmechanismen sehr begrenzt. Hinzu kommt, dass im kolumbianischen Militär häufig hochrangige Militärs nicht der politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes angehören sondern aus der Mittelschicht des Landes rekrutiert werden. Folge dessen ist eine Unterordnung des Militärs unter die zivile Aufsicht. Die starke zivile Aufsicht und das Interesse der Präsidenten an der zivilen Kontrolle des Militärs beziehungsweise an der Begrenzung der politischen Macht, wurde 1965, 1969 und 1984 deutlich, als die jeweiligen Präsidenten Militärangehörige aus dem Dienst entließen, weil sie öffentlich die zivile Autorität gegenüber dem Militär angegriffen haben.

Daraus wird ersichtlich, dass das Militär einerseits für die innere Sicherheit und der Bekämpfung der Guerillabewegung verantwortlich ist, andererseits jedoch als Garant für die Stabilität des Landes und des politischen Systems angesehen wird und in der Bevölkerung ein hohes Ansehen genießt.

2.8 Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 7: Ausgaben für Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Es liegen keine Angaben vor.

Quelle: IMF Government Finance Statistics Yearbook 2008

Die kolumbianische Polizei (Policía Nacional de Colombia) beschäftigt etwa 136.000 Beamte und untersteht dem Verteidigungsministerium. Der Präsident des Landes übt durch die Ernennung des Polizeidirektors ebenfalls erheblichen Einfluss auf die Polizei aus. Zu der Ausrüstung der Polizei zählen Transport- und Aufklärungsflugzeuge (u.a. Cessna), Mehrzweck- und Transporthubschrauber (u.a. Bell und Blackhawk), gepanzerte Fahrzeuge, Schnellboote und Raketenwerfer.

Die Struktur der Polizei umfasst verschiedene Einheiten für die Regionen, die Städte und die einzelnen Bundesstaaten. Diese umfassen die Kriminalpolizei, den Geheimdienst, die Verkehrspolizei, verschiedene Eliteeinheiten sowie bestimmte Einheiten zur Wahrung öffentlicher Sicherheit und Ordnung sowie zur Drogenbekämpfung. Neben diesen Einheiten existieren noch der Zolldienst und das administrative Sicherheitsdepartment (Inlandsgeheimdienst) (Departamento Administrativo de Seguridad: DAS). Der Geheimdienst ist direkt dem Präsidenten unterstellt und ihm gegenüber verantwortlich. Neben Informationsbeschaffung und Spionageabwehr übernimmt der Geheimdienst ebenfalls wichtige Aufgaben bei der Strafverfolgung. Im Jahr 2009 kam es zu einem Skandal um den DAS, als öffentlich wurde, dass dieser an der illegalen Überwachung von Regierungskritikern, Parlamentariern und Journalisten beteiligt ist. Im Zuge dessen wurden mehrere hochrangige Mitarbeiter des Dienstes verhaftet. Während der damalige Präsident Uribe den Geheimdienst nicht abgeschafft hat, unternahm der derzeitige Präsident Santos den politischen Kraftakt und beendete die 58-jährige Geschichte des DAS Ende 2011. Berichten zufolge wird der Geheimdienst durch eine neue Behörde (National Agency of Protection) ersetzt werden, die von einem ehemaligen Marinegeneral geleitet werden soll.

Wie auch teilweise der Geheimdienst, ist die kolumbianische Polizei Korruptionsvorwürfen und Anschuldigungen ausgesetzt, Menschenrechtsverletzung begangen zu haben. Seit diese Vorwürfe insbesondere Ende der 1990er Jahre ihren Höhepunkte fanden, wurden Anstrengungen unternommen, Strukturen krimineller Organisationen und korrupter Polizisten aufzubrechen. Insgesamt wurde ein Reformprozess angestoßen, der zu einer Verbesserung im Kampf gegen Korruption und Menschenrechtsverletzungen innerhalb der Polizei führte. Dies hat die Lage zwar verbessert, weiterhin gibt es jedoch Berichte über außergerichtliche Tötungen, Amtsmissbrauch, Säuberungen (mit Todesfolge), Folter, Gewalt sowie die Erniedrigung von Gefangenen.

Durch die lang anhaltenden Konflikte und bewaffneten Auseinandersetzungen verfügen etwa 192 Stadtbezirke über eine unzureichende oder gar keine Präsenz staatlicher Sicherheitskräfte.

Die private Sicherheitsindustrie in Kolumbien boomt. In 2008 setzen private Sicherheitsunternehmen mehr als zwei Milliarden US-Dollar um. Dabei kann der Wirtschaftssektor auf Wachstumsraten von jährlich 10-20 Prozent blicken. Im Jahr 2009 waren 525 registrierte private Sicherheitsfirmen auf dem kolumbianischen Markt aktiv, während es 2007 etwa 3.500 waren. Unklar bleibt der Grund für diesen drastischen Rückgang. In den privaten Sicherheitsfirmen sind zwischen 170.000 bis 190.000 Menschen angestellt.

3 INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES EU-VERHALTENSKODEX

3.1 Einhaltung internationaler Verpflichtungen durch Kolumbien

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Nicht Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2013
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2013
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Unterzeichnet, aber nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch 2013
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2013
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Unterzeichnet, aber nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch 2013
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2013
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2013
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2013
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2013
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2013
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2013
Das Internationale Waffenhandelsabkommen 2013	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch 2014

Kommentar:

Interessanterweise ist Kolumbien einigen Abrüstungsverträgen nicht beigetreten, so u.a., als einer der wenigen Staaten der Welt, dem Chemiewaffen-Protokoll von 1925. Dem entgegen gehörte Kolumbien zur Kerngruppe bei der Erarbeitung des Ottawa-Vertrags zum Verbot von Anti-Personenminen. Dennoch sind in Kolumbien heute weiterhin tausende von Minen verstreut, die täglich Menschenleben fordern.

Gegen Kolumbien ist weder ein Waffenembargo der Vereinten Nationen noch der Europäischen Union verhängt.

3.2 Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

3.2.1 Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org/

Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org/

Kommentar:

Obwohl Kolumbien allen wichtigen Menschenrechtsabkommen beigetreten ist, ist die Menschenrechtssituation in dem Land seit Jahren sehr schlecht. Sowohl von staatlicher Seite als auch von Seiten der Guerillagruppen werden zahlreiche Menschenrechtsverbrechen begangen. Politische Morde, Entführungen und Einschüchterungen finden regelmäßig statt.

3.2.2 Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis in Kolumbien, 2012 (2013)

The most serious human rights problems were impunity, an inefficient judiciary, corruption, and societal discrimination. Impunity and an inefficient justice system subject to intimidation limited the state's ability to prosecute effectively individuals accused of human rights abuses and to bring to trial former members of paramilitary groups. The availability of drug-trafficking revenue often exacerbated corruption. Societal discrimination against indigenous persons and Afro-Colombians at times restricted the ability of these groups to exercise their rights. Other problems included extrajudicial killings, insubordinate military collaboration with members of illegal armed groups, forced disappearances, overcrowded and insecure prisons, harassment of human rights groups and activists, violence against women and girls, trafficking in persons, and illegal child labor.

The government continued efforts, including increasing resources for the Prosecutor General's Office, to prosecute and punish officials, including members of the security services, who committed abuses, but some impunity persisted.

Illegal armed groups--including the Revolutionary Armed Forces of Colombia (FARC), the National Liberation Army (ELN), and organized crime groups that contained some former paramilitary members--committed numerous abuses, including the following: political killings; killings of members of the public security forces and local officials; widespread use of land mines and improvised explosive devices (IEDs); kidnappings and forced disappearances; subornation and intimidation of judges, prosecutors, and witnesses; infringement on citizens' privacy rights; restrictions on freedom of movement; widespread recruitment and use of child soldiers; attacks against human rights activists; violence against women, including rape and forced abortions; and killings, harassment, and intimidation of teachers and trade unionists. Illegal armed groups continued to be responsible for most instances of forced displacement in the country.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2012, <http://www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/humanrightsreport/index.htm#wrapper>

3.2.3 Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2012

The government continued to express a commitment to human rights. Despite this, there were few tangible improvements in the overall human rights situation. Civilians – especially Indigenous Peoples, Afro-descendent and peasant farmer communities, human rights defenders, community leaders and trade unionists – continued to bear the brunt of the human rights consequences of the long-running internal armed conflict. The Victims and Land Restitution Law, signed by President Juan Manuel Santos in June, was an important step in acknowledging the rights of many victims of the conflict and returning some of the millions of hectares of land stolen, often through violence, to the rightful owners. However, continuing threats and killings of those campaigning for land restitution risked undermining implementation of the law. The government made commitments to end impunity for human rights abuses, and progress was made in some emblematic cases. However, the authorities failed to ensure that most of those responsible, especially for sexual crimes against women and girls, were brought to justice. There were concerns that government plans to broaden the scope of military jurisdiction could reverse what little progress had been made in the fight against impunity. More than 40 candidates were killed during local and regional elections in October, considerably more than during the 2007 elections. Several candidates with alleged close ties to politicians convicted or under criminal investigation for illegal links with paramilitaries were elected to office, including as departmental governors.

Quelle: Jahresbericht Amnesty International 2012: <http://www.amnesty.org/en/region/colombia/report-2012>

3.2.4 Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House für 2013 (2014)

Bewertung für Kolumbien auf einer Skala von 1 für völlig frei bis 7 für völlig unfrei:

- Bürgerliche Rechte: 4
- Politische Rechte: 3
- Gesamtbewertung: Teilweise frei

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Experten, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House (2012):

Talks between the Colombian government and the Revolutionary Armed Forces of Colombia (FARC) rebel group were announced in August 2012 and began in Norway in October. The FARC declared a unilateral 60-day ceasefire in November, though some fighting continued between the revolutionary group and the government. The talks were opposed by some Colombian politicians, including former president Álvaro Uribe.

Quelle: <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/2013/colombia>

Kommentar:

Die Menschenrechtssituation in Kolumbien ist weiterhin desolat. Einerseits sind grundlegende, durch die Verfassung geschützte, Menschenrechte durch Einschränkungen seitens der Politik in Gefahr, andererseits werden den staatlichen Sicherheitskräften immer wieder Menschenrechtsverbrechen vorgeworfen. Der seit 40 Jahren andauernde Bürgerkrieg, in dem zahlreiche unterschiedliche Konfliktparteien involviert sind, hat immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen geführt. Seit 1960 hat dieser Konflikt mehr als eine halbe Millionen Menschenleben gefordert. Kolumbien steht damit auf einer Stufe mit dem Sudan und der Demokratischen Republik Kongo, allen Ländern in denen die meisten Binnenflüchtlinge weltweit zu finden sind.

Die Vertreibung zahlreicher Menschen führt zu einer angespannten ökonomischen Lage, da die Menschen sich nicht mehr selbst in ihren Dörfern versorgen können.

Problematisch ist ebenfalls der Umgang der Regierung mit den derzeit über 7000 politischen Gefangenen in Kolumbien (hinzukommen noch mehr als 60.000 Inhaftierte). Ihnen wird der Status eines politischen Gefangenen seitens der Regierung verweigert, was die Arbeit von Menschenrechtsgruppen erschwert. Zahlreiche Berichte machen immer wieder den Einsatz von Folter gegen Gefangene öffentlich, auch wenn diese Berichte schwer zu verifizieren sind. Immer wieder richtete sich die Kritik von Menschenrechtsorganisationen an den damaligen Präsidenten Uribe, da er die Anwendung der Genfer Konventionen verhinderte. Im Laufe der letzten Jahre hat die Regierung von Uribe zwar entscheidende Fortschritte im Bezug auf die Sicherheit und die Zerstörung der Guerillagruppen gemacht, doch geht dies häufig zu Lasten der Menschenrechte und der Einhaltung des internationalen humanitären Völkerrechts. Problematisch ist ebenfalls die dauerhafte Finanzierung der Gruppen durch den Drogenschmuggel.

Zentrale Herausforderung der Regierung wird es sein, einen Weg zu finden, um führende Militärangehörige für außergerichtliche Tötungen verantwortlich zu machen. Obwohl durch das Vorgehen des damaligen Präsidenten Uribes und den laufenden Demobilisierungsprozess das Land sicherer geworden ist, eine rückläufige Anzahl Morde und Entführungen zu beobachten ist und der Tourismus im Land zunimmt, steht die Politik der „demokratischen Sicherheit“ in der Kritik, da die Menschenrechte in den Konfliktregionen weiterhin massiv bedroht und eingeschränkt sind.

Die kolumbianische Regierung steht heute vor der Herausforderung die Menschenrechtsverletzungen in den Griff zu bekommen und die Sicherheitskräfte für ihre Taten zur Verantwortung zu ziehen. Die „demokratische Sicherheitspolitik“ der damaligen Regierung Uribe weist weiterhin eine miserable Menschenrechtspraxis auf, die durch außergerichtliche Tötung, Verfolgung von Oppositionellen und Gewerkschaftlern und illegale Überwachung gekennzeichnet ist. Die Gratwanderung zwischen militärischer Sicherheit und Einhaltung der Menschenrechte stellt die kolumbianische Regierung weiterhin auf die Probe.

Bei dem Konflikt um die ungerechte Landverteilung und die in der Vergangenheit häufige Zwangsenteignung zeichnet sich eine Lösung ab. Im Juni 2011 unterzeichnete Präsident Santos ein „Opfer und Landrückgabe Gesetz“, das eine Landumverteilung sowie Ausgleichszahlungen für Opfer von Menschenrechtsverbrechen vorsieht. Trotz dieser positiven Schritte bleibt abzuwarten, ob und wie das Gesetz in der Praxis umgesetzt wird.

3.3 Innere Lage im Empfängerland

Politisches System; Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (April 2013):

Kolumbien ist eine Präsidialdemokratie. Der Präsident ist zugleich Staatsoberhaupt, Regierungschef und Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Er wird direkt gewählt; seine Amtszeit beträgt vier Jahre. Er kann einmal wiedergewählt werden. Der Präsident ernennt und entlässt das Kabinett. Die beiden Kammern des Kongresses werden ebenfalls auf vier Jahre gewählt. Die Mitglieder des Senats werden über landesweite Listen gewählt. Das Repräsentantenhaus besteht aus Vertretern der Departamentos genannten Provinzen; in den einzelnen Provinzen findet ebenfalls Listenwahl statt.

Die letzten Parlamentswahlen fanden am 14. März 2010 die Präsidentschaftswahlen am 30. Mai und 20. Juni 2010 statt. Die nächsten Parlamentswahlen finden im März 2014, die erste Runde der Präsidentschaftswahl im Mai 2014 statt. Staatspräsident Juan Manuel Santos Calderón hat sein Amt am 07. August angetreten.

Das Land ist in 32 Provinzen eingeteilt, dazu Bogotá als Distrito Capital, sowie 1100 Städte und Gemeinden. Gouverneure, Bürgermeister, die Regionalparlamente und Stadt- bzw. Gemeinderäte werden direkt auf vier Jahre gewählt. Die Aufgaben der Provinzen erstrecken sich vor allem auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer Gebietskörperschaft und auf administrative Fragen.

Die Auseinandersetzung zwischen Staat und Guerilla dauert seit über 50 Jahren an. Schätzungen zufolge hat sie wenigstens 200.000 Todesopfer gefordert. Nach mehreren gescheiterten Versuchen, den Konflikt auf dem Verhandlungsweg zu lösen, hatte die Regierung seit 2002 militärische Aktionen gegen die Guerilla der FARC und ELN deutlich intensiviert und diese in weiten Landesteilen zurückgedrängt. Die Guerilla ist heute deutlich heterogener und schwächer als noch vor wenigen Jahren. Erhebliche Teile der Guerilla finanzieren sich über Drogenanbau und Drogenhandel.

Am 18.10. 2012 sind Vertreter der kolumbianischen Regierung und der FARC in Oslo zusammengetroffen; die Gespräche werden seit dem 19.11.2012 in Kuba fortgeführt. Ziel ist es, einen erneuten Anlauf zur Beendigung des Binnenkonflikts zu unternehmen. Themen sind politische Teilhabe und strafrechtliche Behandlung seitens der Guerilla begangener Straftaten, Beendigung der Drogenwirtschaft und Demobilisierung sowie Opferentschädigung und Landrestitution.

Mitte 2005 wurde mit der Verabschiedung des "Gesetzes für Gerechtigkeit und Frieden" ein Demobilisierungsprozess der paramilitärischen Autodefensas Unidas de Colombia (AUC) initiiert. Paramilitärs, die sich freiwillig stellten, profitierten von deutlich mildereren Strafen. Zunehmend eine Bedrohung geht heute von den sog. „neuen kriminellen Banden“ („BACRIM“ - „bandas criminales“) aus, die die von den demobilisierten Paramilitärs hinterlassenen Drogengeschäfte übernommen haben und sich zum Teil aus demobilisierten Paramilitärs rekrutieren. Die Regierung schätzt diese Gruppen als gefährlicher als die FARC ein. Insgesamt ist das Gewaltniveau in Kolumbien in den letzten 10 Jahren deutlich zurückgegangen.

Die kolumbianische Regierung verfolgt bei der Drogenbekämpfung eine zweigleisige Strategie: Vernichtung der Koka-Pflanzungen sowie militärische und polizeiliche Bekämpfung auf der einen, institutionelle, wirtschaftliche wie soziale Maßnahmen auf der anderen Seite. Trotz beachtlicher Erfolge bei der Vernichtung von Kokafeldern und der Beschlagnahme von Rauschgift, trotz zahlreicher Verhaftungen und einem merklichen Rückgang der Produktionsmenge in den letzten Jahren (von über 800 Tonnen pro Jahr auf 350 Tonnen 2011) zählt Kolumbien weiter zu den Ländern mit der größten Kokainproduktion.

Die Menschenrechtslage in Kolumbien bleibt – trotz spürbarer Verbesserungen - angespannt. Maßgebliche Einflussfaktoren sind der Drogenhandel, die organisierte Kriminalität, die ungleiche Verteilung der Einkommen und vor allem der Binnenkonflikt. Besonders betroffen sind die Landbevölkerung, Kinder, Frauen, Indigene und die afrokolumbianische Minderheit. Der weit überwiegende Teil der Verletzungen des humanitären Völkerrechts (Morde, Massaker, Rekrutierung Minderjähriger, Angriffe auf die Zivilbevölkerung, Geiselnahme, sexuelle Gewalt gegen Frauen und Kinder, Verlegung von Landminen, Vertreibung der Landbevölkerung) geht auf das Konto der illegalen Gewaltgruppen. Dennoch kommt es nach wie vor zu Menschenrechtsverletzungen durch Militär und Polizei. Die Regierung hat die Achtung der Menschenrechte durch die Sicherheitskräfte zu einem prioritären Ziel erklärt.

Quelle: http://www.auswaerfiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Kolumbien/Innenpolitik_node.html

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2014):

Im Jahresbericht 2014 von Transparency International, für den in 175 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politikern durchgeführt wurden, liegt Kolumbien auf Platz 94 (2013: Platz 94), zusammen mit Armenien, Ägypten, Gabun, Liberia und Panama. Deutschland liegt auf Platz 12.

Quelle: <http://www.transparency.org/cpi2014/results>

Spannungen und interne Konflikte:

Kolumbien befindet sich seit mehr als 40 Jahren in einem blutigen Bürgerkrieg, mit einer schwer durchschaubaren Akteurskonstellation. Seine Wurzeln reichen zurück bis ins Jahr 1948, als erstmals in der so genannten „Violencia“, Konflikte zwischen Liberalen und Konservativen auftauchten. Seit langer Zeit steht auf der einen Seite die linksorientierte Guerillagruppe der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC), die gegen das Militär kämpfen. Auf der anderen Seite stehen die rechtsgerichteten Paramilitärs, angeführt von dem 1997 entstandenen Dachverband aller paramilitärischen Gruppen, der Vereinigten Bürgerwehren Kolumbiens (AUC). Die AUC verfolgt als Ziel den militärischen Sieg gegen die linken Guerillagruppen, um damit das Machtvakuum in Kolumbien zu füllen. Allen Parteien des Konflikts werden zahlreiche Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen.

Ein Auslöser der Gewalt und zentrale Ursache für den Konflikt ist die weiterhin ungerechte Landverteilung. Heutzutage besitzen ca. 5 Prozent der Bevölkerung gut 80 Prozent des Landes. Indigene Bevölkerungsgruppen befinden sich häufig in den Zwängen der multinationalen Unternehmen, die die Bodenschätze des Landes ausbeuten wollen. Diese Ungerechtigkeit und das politische System, in dem sich die Parteien um die Großgrundbesitzer und das Bürgertum kümmern und keine Partei soziale Veränderungen anstrebt, sind Ursprung der Guerillabewegungen in Kolumbien, deren Ziel die soziale und ökonomische Verbesserung der Bevölkerung ist. Die FARC, die älteste Guerillagruppe, hat im langen Verlauf des Konflikts ein zwiespältiges Ergebnis erlangt. Auf der einen Seite kam es zu sozialen Verbesserungen in den besetzten Gebieten, auf der anderen Seite finanziert sich die Gruppe aus dem Drogenhandel, ist verantwortlich für Menschenrechtsverbrechen und setzt auf Zwangsrekrutierung, um die Kampfstärke zu erhalten. Heute kontrolliert Kolumbien fast 80 Prozent des weltweiten Kokainmarktes auf der Angebotsseite. Dass der Drogenhandel eine solche Konfliktodynamik entfalten konnte, ist vor allem dem schwachen Staat geschuldet, der es bislang nicht vermochte, den Drogenhandel zu unterbinden.

Zu Beginn des Konflikts in den 1960er Jahren konnte die Regierung Kolumbiens, auch mit Unterstützung der USA im Rahmen der Latin America Security Operation (LASO), den Guerillabewegungen eine entscheidende militärische Niederlage zufügen. Als Folge dessen gründete sich 1964 die FARC. Indem die FARC in den 1980er und 1990er Jahren zum eigentlichen Volksheer aufstieg, konnte die Gruppe der kolumbianischen Armee in den 1990er Jahren schwere militärische Niederlagen zufügen. In dieser Zeit fanden allerdings auch die bis dahin erfolgversprechenden Friedensverhandlungen zwischen der FARC und der Regierung statt. Im Jahr 2002 erklärte der Präsident die Verhandlungen jedoch für gescheitert. Damit begannen eine groß angelegte Militäroffensive und die Rückkehr zur militärischen Lösung des Konflikts. Mit dieser Überzeugung konnte Präsident Uribe im Jahr 2002 die Wahlen gewinnen. Seit den 1990er Jahren ist die Zahl der FARC-Kämpfer drastisch, von geschätzten 20.000 (1990er Jahren) auf heute 8.000, gesunken. Einerseits ist dies der demokratischen Sicherheitspolitik der Uribe Regierung zuzuschreiben, andererseits hat insbesondere der „Plan Colombia“ der USA, der umfangreiche Militärhilfe vorsieht, die militärische Lösung des Konflikts unterstützt. Der Kampf gegen den Drogenschmuggel und die für die USA wichtige geostrategische Lage des Landes haben zu einer Internationalisierung des transnationalen Konflikts geführt. Ebenso hat der globale Kampf gegen den Terrorismus die Militarisierung der Beziehungen beider Länder deutlich verstärkt. Kritiker werfen den USA vor, dass sie nicht zur Lösung des Konflikts beigetragen haben, sondern vielmehr durch ihre Politik Teil des Problems geworden sind. Der Konflikt zwischen der FARC und der kolumbianischen Regierung bleibt jedoch bestehen und war auch im vergangenen Jahr von extremer Gewalt auf beiden Seiten geprägt. Zentra-

Die Strategie der Regierung ist das gezielte Töten von FARC-Anführern und Luftangriffe auf die Infrastruktur der Guerillabewegung. Eine der größten Luftoperationen fand im September 2010 unter dem Namen „Operation Sodom“ statt, bei der einige Anführer und weitere Rebellen getötet wurden.

Die Paramilitärs, ein zentraler Akteur in dem Konflikt, die sich dem Schutz der Großgrundbesitzer verschrieben haben, sind eng mit staatlichen Sicherheitskräften und dem politischen System verbunden. In den vergangenen Jahren gab es einen Demobilisierungsprozess der tausende Paramilitärs erreichte und Uribes Popularität weiter festigen konnte. Problematisch in diesem Prozess ist die nur oberflächliche Demobilisierung. Kritiker wenden ein, dass die mafia-ähnlichen Strukturen und Kontakte in die organisierte Kriminalität weiterhin bestehen bleiben. Problematisch bleibt der politische Einfluss der Paramilitärs, der 2006 bei den Parlamentswahlen zum Erfolg dreier der AUC nahe stehenden Parteien führte. Im selben Jahr kam durch die Enthüllung kolumbianischer Medien zum Vorschein, dass der Inlandsgeheimdienst DAS korrumpiert war und sehr eng mit paramilitärischen Gruppen zusammenarbeitet. Tausende ehemaliger Paramilitärs haben heute unter dem Schutzschirm des Sondergesetzes zur Demobilisierung zehntausende Morde und Entführungen gestanden.

Der Konflikt ist weiterhin gewalttätig und wird insbesondere seitens des Staates mit zunehmender militärischer Stärke geführt. Die Rolle der USA hat sich in den vergangenen Jahren zusehends verstärkt und für Kolumbien ist die Militärhilfe im Rahmen des „Plan Colombia“ weiterhin sehr wichtig.

Im November 2012 einigten sich Vertreter der kolumbianischen Regierung und der FARC auf den Beginn von Friedensverhandlungen. Zu Beginn der Verhandlungen verkündeten die FARC eine einseitige Waffenruhe, die bis Januar 2013 dauerte. Seitens der kolumbianischen Regierung unter Präsident Santos wird die Möglichkeit eines Waffenstillstands als Ergebnis des Verhandlungsprozesses betrachtet. Im Vorfeld führten bereits Unterhändler beider Parteien in der norwegischen Hauptstadt Oslo Geheimgespräche, die die Verhandlungen vorbereiten sollten. Angriffe des kolumbianischen Militärs auf FARC Stützpunkte erschweren jedoch die Verhandlungen. Auch die FARC selbst soll Angaben zufolge den Waffenstillstand nicht durchgängig eingehalten haben. Seit Mai 2013 existiert eine Friedensagenda welche mit fünf obligatorischen Punkten den Ausgangspunkt weiterer Verhandlungen bildet und bis Ende des Jahres erfüllt sein soll. Der von FARC Rebellen verübte Anschlag im Juli, wodurch 15 kolumbianische Soldaten starben, führte jedoch zu einer Ausweitung der militärischen Offensive gegen die FARC. Somit ist der Ausgang der Friedensverhandlung gegenwärtig offen.

3.4 Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage:

Kolumbien liegt im Nordwesten von Südamerika und grenzt im Norden an Panama und das karibische Meer. Im Osten hat das für die USA geostrategisch wichtige Land gemeinsame Grenzen mit Venezuela und Brasilien. Im Süden grenzt Kolumbien an Peru und Ecuador. Als einziges Land hat Kolumbien sowohl Zugang zur Karibik als auch zum Pazifik.

Politische Situation in der Region:

In der Region herrscht eine allgemein angespannte politische Situation. In den vergangenen Jahren gab es einen regelrechten Rüstungswettlauf im Zuge dessen sich besondere Rüstungsk Kooperationen zwischen Brasilien und Frankreich, Venezuela und Russland und eben zwischen Kolumbien und den USA herauskristallisierten. Zahlreiche Waffenlieferungen, insbesondere Großwaffensysteme in die Region, haben zu sicherheitspolitischen Verstimmungen zwischen den südamerikanischen Ländern geführt. Zwar haben sich im vergangenen Jahrzehnt eine Reihe Vertrauensbildender Maßnahmen in der Region entwickelt, doch haben jüngste Waffenkäufe (Venezuela, Brasilien, Chile) die sicherheitspolitische Kooperation erschwert. Angesichts der großen sicherheitspolitischen Herausforderungen vor denen die Region steht, erscheint Vertrauensbildung und Kooperation jedoch notwendig: Terrorismus, Dro-

genschmuggel, Menschenhandel, organisierte Kriminalität, Geldwäscherei und ausufernde Korruption. Trotz der Anspannungen in bestimmten Grenzregionen, ist verstärkte sicherheitspolitische und militärische Kooperation sowie eine allgemeine Bereitschaft die Vertrauensbildung zu beobachten. In der Managua Erklärung von 2006 wurden gemeinsame Sicherheitsbedrohungen identifiziert, die als Basis für weitere Kooperationen dienen. Problematisch für die Region erscheinen die vielen Modernisierungs- und Transformationsprozesse in vielen Ländern. Mit Blick auf diese sollen die Streitkräfte auf neue Bedrohungen vorbereiten werden, und in vielen Fällen gehen die Prozesse mit umfangreichen Beschaffungsprogrammen einher. Großes Misstrauen in den meisten Ländern ist weiterhin eine erhebliche Hürde für eine transparentere Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Daher haben defizitäre Informationspolitik und fehlende Transparenz bei den Waffenkäufen in manchen Fällen zu Misstrauen geführt. Bereits im Jahr 2005 kam es zu vier großen Waffenkäufen Venezuelas im Wert von mehr als 1,7 Milliarden US-Dollar (12-24 Super Tucano Flugzeuge aus Brasilien, 15 Helikopter, 12 C-295 Flugzeuge aus Spanien und zahlreiche Boote ebenfalls aus Spanien). Insbesondere die Anschaffung von Fregatten aus Spanien wird von Kolumbien als destabilisierend für die Region beschrieben. Ebenfalls kritisch sieht die kolumbianische Regierung die Anstrengungen Venezuelas, Waffen russischer Lizenz zu produzieren (AK-47), da diese sich im kolumbianischen Konflikt verbreiten könnten. Angesichts zahlreicher Waffenfunde venezolanischer Waffen in Kolumbien in den letzten Jahren erscheint diese Sorge durchaus berechtigt.

In der gesamten Region ist ein Anstieg der Verteidigungsausgaben und Mannschaftsstärke der Armeen zu beobachten. Brasilien verfügt über ein weit überlegenes militärisches Arsenal und verfolgt eine Politik der regionalen Führerschaft. Zwar ist Brasilien traditionell ein Vorreiter der regionalen Rüstungskooperation, doch haben die strategischen Rüstungskooperationen negative Auswirkungen auf die regionalen Kooperationsanstrengungen. Ein zwischenstaatlicher Konflikt in der Region erscheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt recht unwahrscheinlich, ist jedoch für die Zukunft nicht auszuschließen. Zwischenfälle an Grenzregionen haben auf die angespannte Lage aufmerksam gemacht und einige ungelöste Grenzfragen bergen weiterhin ein Risiko.

Grenzprobleme:

In der jüngsten Vergangenheit gab es zwei schwerwiegende Zwischenfälle an der kolumbianischen Grenze. Der Angriff Kolumbiens gegen FARC Rebellen auf ecuadorianischem Territorium am 1. März 2008 führte zu den bislang schwersten diplomatischen Spannungen zwischen den beiden Ländern und in der gesamten Region. Der bewusste Vergeltungsschlag gegen die FARC hat einen herben militärischen Rückschlag für die Guerillabewegung bedeutet und bescherte Kolumbiens Militär einen deutlichen Sieg. Durch die Tötung Raúl Reyes, dem Vizekommandeur der FARC sowie der Erbeutung wichtiger Dokumente und geheimer Unterlagen, konnte das Militär sich einen großen Vorteil gegenüber der FARC schaffen. Der Militärschlag wurde von allen südamerikanischen Regierungen einhellig verurteilt und als unverhältnismäßige Einmischung in fremdes Territorium definiert. Bereits einen Tag später kam es zum Abbruch aller diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern und die ecuadorianische Regierung schickte mehr als 3000 Truppen in die Grenzregion.

Der Militärschlag hat auch zu Zerwürfnissen zwischen Kolumbien und Venezuela geführt, da der von Chavez regierte Staat nachdrücklich die Verurteilung des Angriffes forderte. Venezuela und Kolumbien haben traditionell schlechte Beziehungen, die sich immer wieder durch Waffenfunde bei FARC-Rebellen, die nachweislich aus Venezuela kommen, verschlechtern. Anschuldigungen seitens der kolumbianischen Regierung, dass Venezuela aktiv die FARC mit Waffen unterstützt, erschweren eine Annäherung beider Staaten. Bereits 2001 gab es zahlreiche Berichte wonach einzelne Angehörige des Militärs FARC Rebellen aktiv mit Waffen und Munition unterstützt haben. Zuletzt kam es im Sommer 2009 zu Spannungen zwischen den beiden Staaten als Venezuela zwei Brücken in der Grenzregion sprengen ließ, die eine direkte Verbindung nach Kolumbien waren. Zeitgleich wurden öffentlich, dass Waffen, die von Venezuela in Schweden gekauft wurden, in den Händen der FARC Rebellen gefunden wurden. Kolumbien hingegen beobachtet mit Sorge die großen Waffeneinkäufe Venezuelas in Russ-

land. Die Sorge erscheint berechtigt, da Venezuela im Januar 2010 begonnen hat, Kampfpanzer und Hubschrauber entlang der kolumbianischen Grenze zu stationieren.

Bereits im Februar 2005 wurde die allgemeine Krise zwischen Kolumbien und Venezuela nach bilateralen Gesprächen entschärft, doch haben im Jahr 2010 neue Anschuldigungen durch kolumbianische Diplomaten diesen Konflikt erneut angeheizt. Im Zuge dessen schloss Präsident Chavez die Botschaft in Bogota, die erst wieder eröffnet wurde, als der neue kolumbianische Präsident Santos sich bemühte, die diplomatischen Beziehungen zu normalisieren.

Regionale Rüstungskontrolle:

Bereits 1967 gab es erste Schritte einer regionalen Rüstungskontrolle mit der Unterzeichnung des Tlatelolco-Vertrages zur Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone. Zwar war dieser Vertrag ein Erfolg im Hinblick auf „harte“ Rüstungskontrolle, jedoch konnte in den folgenden Jahren nicht auf diesen Erfolg aufgebaut und Mechanismen zur konventionellen Rüstungskontrolle entwickelt werden. Nach dem Ende des Kalten Krieges gab es besondere Anstrengungen zur Etablierung vertrauensbildender Maßnahmen in der Region. Das Ziel dieser Maßnahmen lag jedoch im Bereich der „soften“ Rüstungskontrolle: der Austausch von Informationen, Teilnahme an den UN-Berichterstattungsinstrumenten und die Einladung von Beobachtern zu Militärübungen. Zwei wichtige Maßnahmen und Mechanismen sind hingegen in den letzten Jahren entstanden: (a) die OAS Firearm Convention mit dem Ziel, Kleinwaffen und Munition zu kontrollieren und die Import/ Export Wege transparent zu machen; (b) die OAS Transparency Convention mit Ziel, einen Informationsaustausch zwischen den Staaten zu Import und Export konventioneller Waffen.

3.5 Bedrohung von Alliierten

3.5.1 Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Kolumbien sind insbesondere durch die Kooperation mit den USA im Kampf gegen Drogen US-Militärs stationiert. Darüber hinaus erhält das Land umfangreiche finanzielle Militärhilfe von den USA. Im Rahmen der engen Kooperation sind 65 US-Soldaten (US Southern Command) in Kolumbien stationiert.

3.5.2 Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Kolumbien 53 Prozent im Jahre 2011, und ist damit im Vergleich zum Vorjahr um einen Prozentpunkte gestiegen. Im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Staaten weist Kolumbien damit die niedrigste Rate an Technologiepiraterie der Region auf. Der aus der Technologiepiraterie entstandene wirtschaftliche Schaden belief sich nach BSA Angaben im Jahr 2011 auf geschätzte 295 Millionen US-Dollar.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2011

3.6 Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

3.6.1 Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	www.iaea.org

Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org/

Kommentar:

Zwar ist Kolumbien zahlreichen internationalen Anti-Terror-Konventionen beigetreten, doch ist das Land und insbesondere die Gesellschaft seit langem vom Terrorismus geprägt. Dabei ist es nicht der islamistische Terrorismus, der das Land aus US-amerikanischer Perspektive interessant macht, sondern der von verschiedenen Gruppierungen im Land selber ausgehende Terrorismus. Die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) werden von zahlreichen Ländern (USA, Kanada und allen EU-Mitgliedsstaaten) als terroristische Organisation eingestuft. Neben der FARC sind es insbesondere die Vereinigten Bürgerwehren (AUC) sowie die Nationale Befreiungsbewegung (ELN), die für terroristische Anschläge, Entführungen und zahlreiche Morde verantwortlich sind. Der Terrorismus führt dabei immer wieder zu zahlreichen und erheblichen Menschenrechtsverletzungen, die von beiden Seiten begangen werden.

Ihre Verbindungen zum umfangreichen Drogenschmuggel in der Region führen dazu, dass alle drei Gruppierungen seit 2001 auf der US-Terrorliste geführt werden. Obwohl alle Gruppen um nationale politische Prozesse besorgt sind und keine globale Agenda besitzen, wie etwa der islamistische Terrorismus eine hat, nehmen sie bei den Themenfeldern der US-Außenpolitik eine wichtige Rolle ein (Drogenbekämpfung).

3.6.2 Internationale Kriminalität

Beitritt zu Internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Nicht Beigetreten	http://treaties.un.org/
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Nicht Beigetreten	http://treaties.un.org/

3.6.3 Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2013
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2013
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch 2013
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org/
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org/

3.6.4 UN-Berichterstattung

Kolumbien hat lediglich 2007 und 2009 Daten im Rahmen des UN-Waffenregisters an die Vereinten Nationen übermittelt. Ebenso hat Kolumbien erst in den letzten zwei Jahren Daten zu Militärausgaben an die Vereinten Nationen weitergegeben.

3.7 Unerlaubte Wiederausfuhr

In einem Fall im Jahr 2003 wurden zwei ehemalige kolumbianische Offiziere angeklagt mehr als 7000 AK-47 Sturmgewehre, Munition und andere Ersatzteile an die Rebellengruppen geliefert zu haben. Ebenfalls in diesem Jahr wurde ein Major der kolumbianischen Armee festgenommen, weil er einen ähnlichen Waffendeal mit Waffen aus israelischer Produktion eingefädelt hat.

Problematisch ist die Sicherheitslage in Venezuela, wo regelmäßig Waffen aus Lagern der Armee entwendet werden, die dann wiederum über den Schwarzmarkt nach Kolumbien gelangen und so zu einer Verschärfung des Konflikts beitragen.

3.8 Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (April 2013):

Seit Beginn der 90er Jahre verfolgt Kolumbien eine Wirtschaftspolitik, die sich an marktwirtschaftlichen Grundsätzen orientiert und ist bemüht, ausländische Investitionen ins Land zu holen. Das Bruttoinlandsprodukt Kolumbiens betrug 2012 ca. 378 Mrd. USD.

Kolumbiens Wirtschaft wuchs zwischen 2004 und 2007 durchschnittlich um 6,2%. Im Zuge der internationalen Wirtschaftskrise sank das Wachstum kurzzeitig, konnte aber 2010 (4,4 %) und 2011 (6,4%) wieder an die dynamische Entwicklung der Vorjahre anschließen. 2012 wurde ein Wachstum von 4 % erzielt.

Wachstumstreiber waren die Inlandsnachfrage und die hohen ausländischen Direktinvestitionen vor allem im Rohstoff- und Erdölsektor.

Kolumbien hat über die letzten Jahre einen beachtlichen Rückgang der Armutquote auf jetzt 34 % erreichen können. Gleichwohl bestehen die erheblichen Ungleichgewichte in der Einkommens- und Vermögensverteilung fort. Die offizielle Arbeitslosenquote ist im Oktober 2012 – zum ersten Mal seit drei Jahren – wieder auf einen einstelligen Wert (9,7 %) gefallen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein erheblicher Teil der Beschäftigten – Schätzungen zufolge über 50 % - im informellen Sektor tätig sind; die Unterbeschäftigung wird auf über 25 % geschätzt. Das Defizit des Gesamthaushalts verringerte sich 2012 auf ca. 2% des BIP.

Kolumbien ist dem freien Welthandel verpflichtet. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen sollen durch ein Netz von Freihandelsabkommen vertieft werden. Defizite sind vor allem unzureichende Infrastruktur und teilweise fehlende Transparenz staatlicher Entscheidungen.

Die Inflationsrate erreichte 2012 einen auch im regionalen Vergleich niedrigen Wert von 2,3 %. Wichtige Wirtschaftszweige sind Landwirtschaft und Industrie, Dienstleistungen und Tourismus, Öl- und Erdgasförderung sowie Bergbau. In der relativen Gewichtung haben in den vergangenen Jahren v.a. Industrie, Öl- und Erdgasförderung sowie Bergbau stark an Gewicht gewonnen.

Die Ausfuhren Kolumbiens betragen 2011 56,9 Mrd. USD, die Einfuhren 54,6 Mrd. USD. Sowohl Ex- wie Import nahmen 2011/12 damit deutlich zu .

Die Ausfuhren sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Der Anteil der Exporteinnahmen am Bruttoinlandsprodukt dürfte bei knapp 30% liegen. Wichtigste Ausfuhr Güter Kolumbiens sind Erdöl, Steinkohle, Kaffee, Schnittblumen, Bananen, Nickel, Lebensmittel. Wichtigste Einfuhr Güter sind Maschinen, Kraftfahrzeuge, Telekommunikationsausrüstung und elektrische Geräte, chemische Produkte, Eisen- und Stahlprodukte sowie Kunststoffe und landwirtschaftliche Produkte. Seit geraumer Zeit leidet der kolumbianische Export unter dem starken Pesokurs, der Ausfuhren vor allem von Industrie- und Agrargütern erheblich erschwert.

Bedeutendster Handelspartner sind traditionell die USA (rd. 38% des kolumbianischen Exports), gefolgt von der EU (rd. 13%). Der Handel mit China gewinnt rasch an Bedeutung (2012 4 %

der kolumbianischen Exporte und 12 % der Importe) Damit ist China inzwischen zweitwichtigster bilateraler Exportmarkt nach den USA. Weitere wichtige Partner sind die Länder des Mercosur (5%) und der Andengemeinschaft (5%). Deutschland ist innerhalb der EU der wichtigste Handelspartner Kolumbiens (Exporte nach Deutschland 2011: 1,57 Mrd. Euro; Importe aus Deutschland 2011 1,29 Mrd. Euro).

Das Freihandelsabkommen mit den USA ist im Frühjahr 2012 in Kraft getreten.

Kolumbien verhandelte gemeinsam mit Peru seit Februar 2009 mit der EU über ein Freihandelsabkommen. Die Verhandlungen wurden im März 2010 abgeschlossen. Das Europäische Parlament hat das Abkommen im Dezember 2012 angenommen.

Kolumbien ist Mitglied in den regionalen Wirtschaftsgemeinschaften ALADI und der Andengemeinschaft (CAN). Kolumbien ist außerdem Mitglied der Weltbank, der WTO, der IDB und des IWF. Mit der OECD unterhält Kolumbien Arbeitsbeziehungen und strebt die Vollmitgliedschaft an.

Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Kolumbien/Wirtschaft_node.html

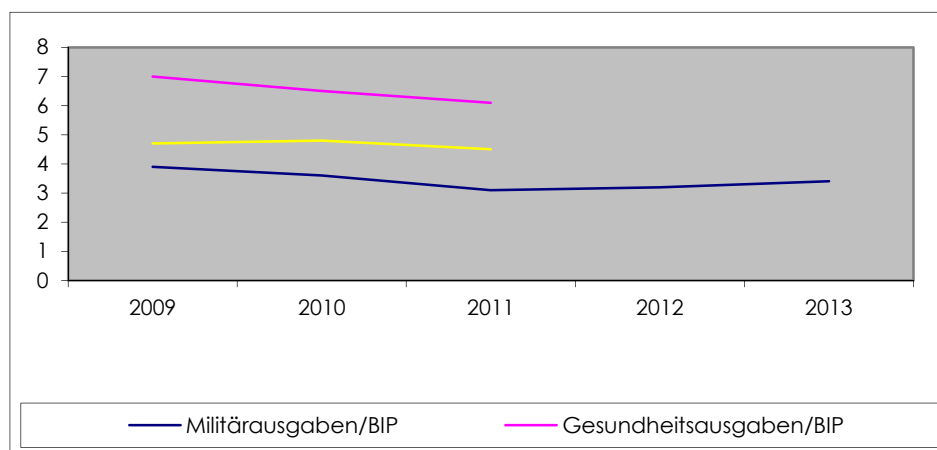
Tabelle 8: Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent

	2009	2010	2011	2012	2013
Militärausgaben (absolut)	11158	11072	10307	11031	12465
Militärausgaben/BIP	3,9	3,6	3,1	3,2	3,4
Gesundheitsausgaben/BIP	6,5	6,1	6,1	-	-
Bildungsausgaben/BIP	4,8	4,5	4,5	-	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2011).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5: Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen:

SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 9: Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2009	2010	2011	2012	2013
Auslandsverschuldung	53909	63815	74401	75072	86122
Anteil am BIP (in Prozent)	22,7	22,2	22,8	21,4	25,3
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	1091	923	1000	764	-
Net ODA (% of GNI)*	0,5	0,3	0,3	0,2	-
Deutsche ODA Zahlungen*	43	45	43	49	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2010) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2012); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2012).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 10: Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2008	2009	2010	2011	2012
Militarisierungswert	540	543	529	532	539
Index-Platzierung	47	47	47	42	37

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Center for Conversion (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2013.

<http://www.bicc.de/our-work/gmi.html>

Die Platzierung der Länder kann aufgrund der Berechnungsmethode nur innerhalb eines Jahres verglichen werden, ist jedoch zur Veranschaulichung hier aufgeführt. Durch eine unterschiedliche Datenbasis in den einzelnen Jahren variiert die Anzahl der erfassten Länder in den einzelnen Jahren, so dass die Platzierung nicht über verschiedene Jahre hinweg verglichen werden kann.

Tabelle 11: Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2008	2009	2010	2011	2012
Brasilien	Militarisierungswert	468	474	461	449	455
	Index-Platzierung	80	80	81	80	77
Ecuador	Militarisierungswert	537	546	540	539	523
	Index-Platzierung	48	43	39	39	44
Peru	Militarisierungswert	511	527	522	514	514
	Index-Platzierung	60	54	53	50	49
Venezuela	Militarisierungswert	429	400	373	388	405
	Index-Platzierung	95	107	121	108	96

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Center for Conversion (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2013.

<http://www.bicc.de/our-work/gmi.html>

Die Platzierung der Länder kann aufgrund der Berechnungsmethode nur innerhalb eines Jahres verglichen werden, ist jedoch zur Veranschaulichung hier aufgeführt. Durch eine unterschiedliche Datenbasis in den einzelnen Jahren variiert die Anzahl der erfassten Länder in den einzelnen Jahren, so dass die Platzierung nicht über verschiedene Jahre hinweg verglichen werden kann.

Tabelle 12: Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2009	2010	2011	2012	2013
Brasilien	Militärausgaben (absolut)	34335	38129	36932	37650	36165
	Militärausgaben/BIP	1,6	1,6	1,5	1,5	1,4
Ecuador	Militärausgaben (absolut)	2109	2188	2454	2464	2596
	Militärausgaben/BIP	1,4	1,4	1,5	1,8	1,7
Peru	Militärausgaben (absolut)	1965	2076	2029	2380	2638
	Militärausgaben/BIP	1,4	1,3	1,1	1,3	1,4
Venezuela	Militärausgaben (absolut)	3253	2553	2385	4102	4487
	Militärausgaben/BIP	1,2	0,9	0,8	1,3	1,4

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2011).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 13: Human Development Index (HDI)

	2009	2010	2011	2012	2013
HDI-Wert	0.710	0.706	0.710	0.708	0.711

Quelle: <http://hdrstats.undp.org/en/indicators/103106.html>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Aufgrund veränderter Berechnungsmethoden sowie unterschiedlicher Verfügbarkeit von Daten ist das Jahr 2011 nicht mit den Jahren zuvor vergleichbar.

Kommentar:

Unverhältnismäßig hohe Militärausgaben in Kolumbien im Zuge der zahlreichen Konflikte und der besonderen Rolle des Militärs wirken hemmend auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Zwar besteht derzeit keine deutliche Gefahr, dass Entwicklungsziele nachhaltig von den Ressourcenzuweisungen in den Militärsektor beeinträchtigt werden, dennoch sind der konstante Anstieg der Militärausgaben sowie die Vergrößerung der Mannschaftsstärke des Militärs mit Sorge zu betrachten. Eine zusätzliche Steuer hat der Regierung frisches Kapital beschafft. Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Landes hätte das Geld durchaus sinnvoller als zur Finanzierung von Waffenkäufen eingesetzt werden können. Die Gesundheits- und Bildungsausgaben bewegen sich lediglich auf einem durchschnittlichen Niveau. Kolumbiens Regierung sollte daher in Zukunft die Ressourcenverteilung stärker im Sinne gesellschaftlicher Entwicklung gestalten.